

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und habest Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 6.

Charlottenburg, Freitag, den 7. Februar 1919.

Jahrg. 46.

## Eine internationale Sozialistenkonferenz.

Es sind aufs neue Bestrebungen im Gange, eine internationale Sozialistenkonferenz zustande zu bringen, die diesmal in Bern abgehalten soll, nachdem Lausanne sich die Ehre verbeten hat. Im Gegensatz zum Jahre 1917 haben die Regierungen der Entente-länder nunmehr ihren Arbeiterführern die Pässe ausgehändigt, die zur Teilnahme an einer Konferenz außer Landes benötigt werden. Es läßt sich daraus schließen, daß dem Ententeimperialismus die sozialistische Internationale jetzt sehr wenig Kopfschmerzen bereitet, nachdem er den Sieg über die Zentralmächte davongetragen hat, während er 1917 die Stockholmer Friedensarbeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu stören und zu hindern suchte. Daß er dabei auf wohlwollendes Verständnis bei vielen Sozialisten in den ententeimperialistischen Ländern fand, deutet nur die Enge der Beziehungen zwischen diesen Sozialisten und der imperialistischen Reaktion ihrer Länder an.

Obgleich der Krieg entschieden und der Einfluß der internationalen Sozialdemokratie auf seine Beendigung somit ausgeschaltet ist, wären noch genügend wichtige Aufgaben für eine internationale Sozialistenkonferenz zu lösen. Dazu rechnen wir nicht sehr die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien, die sehr leicht eine Form ohne Inhalt annehmen können. Der Inhalt aber ist entscheidend. Wohl ruhen die Waffen, der Krieg ist entschieden, aber der Frieden steht noch aus. Und hier findet der internationale Sozialismus reichliche Aufgaben, wenn er sie lösen will.

Der Waffenstillstand, der den Frieden vorbereiten sollte, ist zu einer Verlängerung des Kriegszustandes geworden. Mit beispielloser Brutalität haben die Franzosen die Ausplünderung Deutschlands in die Wege geleitet, unbekümmert darum, daß eine sozialistische Revolution das alte Regiment abgeschüttelt hat und nun an die Werke ist, die Not der breiten Massen zu lindern. Die ententeimperialistische Propaganda hat jahrelang die Abschüttelung der preussischen Junkerherrschaft als Vorbedingung des gerechten Friedens forderte; nun das geschehen ist, werden uns die Gerechtigkeitsgriffe der Westmächte offenbart. Sie besetzen deutsches Land, zerstören die Bestrebungen der Polen, ebenfalls wichtige deutsche Wirtschaftsgebiete an sich zu reißen; die Franzosen behandeln Elsass-Lothringen als bereits erobertes Land, das ihnen gehört, und von ihnen sie wie einst wieder ihre Hand nach dem Rheinland ausstrecken. Sie erheben die unmöglichsten Forderungen, beispielsweise die sofortige Ablieferung fast unseres ganzen zurzeit brauchbaren Eisenbahnmateri als, ebenso die Ablieferung großer Mengen landwirtschaftlicher Maschinen, deren Fehlen unsere Lebensmittelproduktion für dieses Jahr lahmlegen müßte. Sie bereiten die größten Kriegsschadensansprüche vor, obgleich der demokratische Frieden weder Annerkennung, noch Kriegsschadensentschädigung bringen sollte. Unsere Kriegsgefangenen werden zurückgehalten, während wir zur schleunigen Rücksendung ihrer Kriegsgefangenen gedrungen wurden. Noch mehr: die französische Regierung hat, nachdem sie die deutschen Kriegsgefangenen jahrelang gemartert hat, nunmehr einen noch raffinierteren Plan der Tortur der Kriegsgefangenen ausgeheckt: 200 000 deutsche Kriegsgefangene werden in die nordfranzösischen Kriegsgebiete in die Sklaverei gesandt, entgegen allen Humanitätsbegriffen wird die völlige Verflabung von 200 000 Proletariern durchgeführt, die der französischen Soldateska in die Hände fallen.

Währenddessen erdroffelt England unser Wirtschaftsleben. Zwar ist Waffenstillstand geschlossen, was doch nach alter Übung zu bedeuten hatte, daß die Waffen dort ruhen sollten, wo sie sich zur Zeit der Unterzeichnung befanden. England versteht das anders: es besetzt die Ostsee, die es im Kriege nicht zu erobern vermochte, unter dem Schutze des Waffenstillstandes und verweigert unseren Handelsschiffen jeglichen Zugang zu diesem Meere, die sie während des ganzen Krieges befahren konnten. England hindert die Neutralen, den bisherigen Warenaustausch mit uns zu pflegen und verbietet uns die Erfüllung unserer den Neutralen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Daß es die bisherige völkerrechtswidrige Blockade dabei in vollem Umfange aufrechterhält, versteht sich am Rande. Diese Blockade wurde früher damit motiviert, daß Deutschland einer belagerten Festung gleiche. Die ganze widerliche Heuchelei dieser Argumentation ist heute zur Genüge entlarvt; denn Deutschland ist zwar immer noch belagert, aber ohne eigene Schuld, denn es hat die Waffen längst niedergelegt und seine Millionenheere in die Heimat entlassen. Alle Welt weiß, daß das sozialistische Deutschland auch gar nicht in der Lage ist, nochmals zur Waffe zu greifen, daß es vielmehr in diesem Augenblick einem unmenschlichen Feinde wehrlos preisgegeben ist. Aber die Blockade gegen hungernde Menschen, gegen Frauen, Kinder, Sieche und Greise, hält England aufrecht. Für den Sadismus des englischen Siegers ist Deutschland heute nichts anderes als ein Konzentrationslager von gleichem Typ, wie es dem „stolzen Abion“ einst als zweckmäßig galt zur Unterdrückung der Burenfrauen. Es ist sicher, wenn in der menschlichen Geschichte der letzten Jahrhunderte irgendwann und irgendwo etwas Unmenschliches geschah, war England dabei. Die Fortsetzung und Verschärfung der Blockade nach abgeschlossenem Waffenstillstand ist noch mehr: sie ist bestialisch.

Eine internationale sozialistische Konferenz, die sozialistische Gedanken der Völkerbrüderung und der Nächstenliebe erörtern und propagieren wollte, fände in dieser Situation somit reiche Arbeit vor. Aber darf man auf die jetzt in Bern zum 10. Februar einberufene Konferenz solche Hoffnungen setzen? Sätten die Sozialisten der Entente-länder auf dem Gebiete, nicht des Sozialismus, sondern nur der Menschlichkeit etwas leisten wollen, sie hätten schon Gelegenheit im Uebermaß dazu gefunden.

Aber dann wären ihnen die Pässe zu dieser Konferenz von ihren imperialistischen Regierungen kaum ausgehändigt worden. Und sie hätten sich das ruhig wieder gefallen lassen, genau so wie 1917 und 1918. Und deshalb sind Hoffnungen auf eine gedeihliche Arbeit dieser Konferenz verfrüht. Einstweilen wird man gut tun, sie als eine Einrichtung anzusehen, die u. a. auch ententeimperialistische Interessen zum Vorschein bringen wird.

Die deutsche Sozialdemokratie wird auf dieser Konferenz vertreten sein, wie sie stets bereit war, die Hand zum Frieden zu bieten. An ihrer Delegation werden auch Vertreter der Generalkommission teilnehmen. Man hat von französischer Seite auch eine „syndikale“ Tagung mit dem Berner Kongreß verbunden, die unter der Führung von Jouhaux stehen soll. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um die Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, sondern um eine Sondertagung, die nicht im Einverständnis mit dem Genossen Dubequest-Amsterdam, der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern 1917 beauftragt wurde, die nächste Konferenz zu berufen, einberufen ist.

Unsere Stellung dazu ergibt sich von selbst. Beschlüsse, die für die internationale Gewerkschaftsbewegung Bedeutung haben sollen, können nur von den Konferenzen des Internationalen Ge-

werkschaftsbundes gefaßt werden. Eine solche ist die Berner Syndikatskonferenz nicht.

Stehen wir also dem ganzen Berner Unternehmen noch skeptisch gegenüber, so sind wir doch der Auffassung, daß es nicht zwecklos oder gar unzweckmäßig ist, die Internationale wieder zu erwecken, sobald sich dazu Gelegenheit bietet. Das soll in Bern geschehen. Es kommt nur darauf an, ob der Geist des internationalen Sozialismus oder der imperialistische Geist des Krieges dort die Oberhand haben wird. Nur dann wird gute Arbeit geleistet werden können, wenn alle den Völkerrfrieden der Verständigung wollen. („Korrespondenzblatt.“)

## Eine Kundgebung der preußischen Regierung zu den Lohnbewegungen.

Am 2. Januar d. J. ersuchten die Fachminister, in den ihnen unterstellten Betrieben des Staates Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und sie somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle seien die Forderungen zurückzuweisen. Obwohl sich diese Kundgebung, die von sämtlichen preußischen Ministern, auch den damals noch im Amt befindlichen Unabhängigen unterzeichnet ist, nur an die Leiter der Staatsbetriebe richtet, hat sie doch eine große Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Denn was für die Staatsbetriebe gilt, trifft in weitaus höherem Maße auf das private Erwerbsleben zu, das durch übertriebene Lohnforderungen zum Erliegen kommen muß. So sehr der Arbeiterschaft in diesen schweren Zeiten auskömmliche Löhne zuerkannt werden müssen, so darf doch die allgemeine Wirtschaftslage nicht außer Betracht gelassen werden. Keine Macht der Erde kann eine Prosperität der Betriebe durch Gewaltanwendung erzwingen. Die Staatsgewalt kann den einzelnen Unternehmer zwar nötigen, den Betrieb auch widerwillig fortzuführen, aber sie kann ihn nicht zwingen, mit Unternehmungslust und Gewinn zu wirtschaften. Und wenn der Zusammenbruch vor der Tür steht, kann das Unternehmen vielleicht durch eine Liquidationskommission aufrechterhalten werden, aber auch diese ist oft außerstande, dauernd hohe Löhne herauszuwirtschaften, wenn das ganze Wirtschaftsleben, wie in den letzten acht Wochen fortgesetzt beunruhigt wird. Es war ein verhängnisvoller Fehler, die politische Revolution in eine große Lohnbewegung ausmünden zu lassen und zugleich die Gewerkschaften aus dieser Lohnbewegung auszuschalten. Die Gewerkschaften würden dafür Sorge getragen haben, daß die Arbeiterforderungen mit der Wirtschaftslage zu vereinbaren waren. Für vieles, was in der letzten Zeit gewisse Arbeitergruppen an Forderungen durchgesetzt haben, können die Gewerkschaften keine Verantwortung übernehmen, ebenso wenig für die Begleitung der bei solchen Lohnbewegungen mit auftretenden Gewalttätigkeiten. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kundgebung der preußischen Minister, der sich selbst die Herren Ströbel, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld angeschlossen haben, in allen Kreisen, vor allem in denen der Arbeiterschaft selbst, ihren Eindruck nicht verfehlt, und daß überall das Verantwortlichkeitsgefühl in wirtschaftlichen Fragen zurückkehrt, ohne daß unsere Volkswirtschaft dem Ruin entgegengeführt würde.

## Aus unserm Berufe.

**Farge.** Die Zahlstellenversammlung vom 24. Januar erbrachte sich eines recht guten Besuches. Kollege Glostein legte den Anwesenden in eindringlicher Weise dar, an der Organisation festzuhalten und wies nach, wie notwendig die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin ist. Er konnte dabei erfreulicherweise bemerken, daß in der hiesigen Steingutfabrik fast alles organisiert ist.

Hierauf wurde vom Arbeiterrat und Arbeiter-Ausschuß berichtet über die Verhandlungen seit der Betriebsleitung über unsere Lohnforderungen. Es wurde nachstehender Tarif vereinbart mit Gültigkeit vom 1. Januar a. c. **Scientie Facharbeiter** (Steingutfabrik, Maler, Rodeleur, Feinengießer, Maschinenisten, Schlosser, Schlichter, etc.) erhalten einen Stundenlohn von 1,50 M.

**Angelernte Arbeiter** bis 20 Jahre einen Stundenlohn von 1,40 M.

**Angelernte Arbeiter** über 20 Jahre " " " 1,25 "

**Frauen** über 20 Jahre " " " 0,85 "

**Angelernte Frauen** über 20 Jahre in Malerei und Dreherei 0,95 "

Als angelernte Arbeiter gelten: Brenner, Einträger, Drucker, Glasier und Feiger.

## Jugendliche:

Arbeiter:	Arbeiterinnen:
Im Alter von 14—16 Jahren pro Stunde 50 Pf.	40 Pf.
" " " 16—18 " " " 75 "	60 "
" " " 18—20 " " " 1,00 M.	70 "

In Zukunft soll die Akkordarbeit wieder eingeführt werden mit einem Zuschlage von 20—25 pCt. auf den Minimal-Stundenlohn. Ueberstunden werden mit 25 pCt. für die ersten beiden Stunden, weitere mit 50 pCt. Zuschlag vergütet, Arbeiten an Sonn- und Feiertagen ebenfalls mit 50 pCt. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden unter Fortzahlung des Lohnes Ferientage bewilligt, und zwar:

Nach 1-jähriger Arbeitszeit im Betriebe 4 Tage,

" " " 2 " " " " 5 "

" länger als 2-jähriger Tätigkeit 6 "

Sind auch nicht alle Forderungen erfüllt, die gestellt wurden, so ist doch im allgemeinen das erreicht worden, was vom Verband gefordert wurde. Nach einem anregenden Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

**Gewerbehygiene in der Keramikindustrie.** Unter dieser Ueberschrift bringt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ in seiner Nr. 4 vom 25. Januar a. c. einige Angaben aus einer Arbeit von Dr. Bernhard Schreiber in der 30. Lieferung von Dr. Weyls Handbuch der Hygiene. Es wird dort gesagt:

In der Porzellanindustrie sind viele Arbeiter, besonders die Glasierer, Brenner, Schleifer und Maler, der Gefahr der Bleivergiftung ausgesetzt. Außerdem ist sehr oft die Einwirkung von Staub Ursache von Berufskrankheiten. Bedeutender Staubentwicklung ausgesetzt sind die Arbeiter, welche das Zerklümmern, Mahlen, Wischen, Sieben und Abwiegen der Rohstoffe besorgen. Die neuesten diesen Verrichtungen dienenden Maschinen sind aber so gebaut, daß sie durch Staubentwicklung und Verletzungen verhütet werden. Durch Einatmen des Staubes entstehen chronische Reizungen der oberen Luftwege, die anfangs zu Katarrhen und später zu chronischen Entzündungszuständen der Nase mit ihren Nebenhöhlen, des Kehlkopfs und des Lungengewebes führen. Die Dreher, Stanzer, Sieber und Former arbeiten viel mit angefeuchtem Material, wodurch die Staubentwicklung wesentlich gemindert wird. Bei den Drehern und Formern ist die ständig sitzende Lebensweise und die vornübergebeugte Haltung ein Anlaß zu Gesundheitschädigungen, namentlich die Lungen werden dadurch zusammengepreßt und der Blutkreislauf wird beeinträchtigt. Viel Staub einzuatmen haben auch die Glasurarbeiter und -arbeiterinnen, weil sie die im Porzellan geblühten Waren abstauben müssen. Vermindert sind die Gefahren, wo maschinelle Staubsauger verwendet werden. Empfehlenswert ist das Tragen besonderer Arbeitskleider, weil sonst der Staub mit den Kleidern in die Wohnungen der Arbeiter verschleppt wird und unter Umständen die Gesundheit ihrer Angehörigen beeinträchtigt. Die Brennhausarbeiter leiden wegen der Ueberhitzung ihrer Arbeitsräume häufig an Erkältungskrankheiten. Eine Arbeit, die übermäßig anstrengt, ist das Drehen der feuerfesten Kapseln, in welchen die zu brennenden Porzellanwaren in den Ofen eingelegt werden. Größere Stücke davon wiegen bis zu 9 Kilogramm und der Kapseldreher muß beim Drehen die Arme fest an sich drücken, was auf die Dauer gesundheitschädigend wirkt, indem sich Kurzatmigkeit und chronische Lungenaffektionen einstellen. Das beschwerliche Formen der Kapseln mit der Hand läßt sich durch Anwendung von Kapselformmaschinen ersetzen. Lungenkrankheiten sind bei den Porzellanarbeitern überdurchschnittlich häufig, weshalb die Staubentwicklung in den Betrieben der Porzellanindustrie durch spezielle gesetzgeberische Maßregeln bekämpft werden soll. Dr. Schreiber empfiehlt u. a., es sei dahin zu streben, daß in der Porzellanindustrie die Maschinenteknik den Schwerarbeitern soweit möglich die anstrengende Muskelarbeit abnimmt. Ein weitere Aufgabe der Technik ist möglichste Verhinderung der Staubentwicklung, damit die Atmungsluft für die Arbeiter rein bleibt. Die Anwendung von Respiratoren ist unangebracht, vielleicht sogar schädlich. Gewicht muß auf gründliche periodische Reinigung der Arbeitsräume gelegt werden. Ebenso ist die Einrichtung von Waschgelegenheiten und Bädern allgemein erforderlich. Lungenkrankheiten sollen sofort in Heilstätten untergebracht und erst wieder beschäftigt werden, wenn nachgewiesen ist, daß sie bazillenfrei sind. Dazu hätten noch verschiedene andere gesundheitliche Vorkehrungen zu kommen.

## Vermischtes.

Die Belieferung der Konsumvereine mit Waren und die Einzahlung ihrer Großverkaufsgesellschaft in die behördliche Warenverteilung ist während des Krieges fortgesetzt Gegenstand von Beschwerden und Eingaben der leitenden Körperschaften der

Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gewesen. In den Reichs- und Ortsbehörden hinderte vielfach das Bestreben, eine den Verbrauchern ungünstige Mittelstandspolitik zu treiben, die gerechte Behandlung der Verbraucherorganisationen. Namentlich aber fehlten alle Versuche, die organisatorische Ungeheuerlichkeit zu beseitigen, die in der fast völligen Ausschaltung der erprobten und leistungsfähigen Großeinlaufszentrale der Konsumvereine lag. Hierin ist nun nach langen Verhandlungen mit dem Reichsernährungsamt Wandel geschaffen. Es sind zunächst bezüglich der Behandlung der Konsumvereine durch die Kommunalverbände Richtlinien erlassen, in denen verfügt wird, daß 1. sämtliche Konsumvereine mit 200 000 Mk. Jahresumsatz bezüglich Belieferung und Preis als Großhändler zu behandeln sind, und daß 2. auf Verlangen den Konsumvereinen alle von ihnen vor und während des Krieges geführten und neu zur Verteilung gelangenden Gattungen von Verteilungswaren zu überweisen sind, und zwar richtet sich die Höhe der Zuteilung spätestens ab 15. März 1919 einheitlich für alle bewirtschafteten Warengattungen nach der Zahl der Mitglieder nebst ihren Angehörigen, für die der betreffende Verein spätestens erstmalig bis 15. März 1919 nachweist, daß sie bereit sind, die einzelnen Waren vom Verein zu entnehmen. Damit ist den Konsumvereinsmitgliedern wieder die Möglichkeit gegeben, ihre Waren aus dem eigenen Geschäft zu beziehen, was vorher vielfach nicht möglich war. Es gibt damit auch keine Ausrede mehr, daß irgendwelche Waren im Verein nicht zu erhalten seien; jetzt liegt es lediglich an den Mitgliedern, ob sie genossenschaftliche Vorteile üben, ob sie ihren Bedarf bei sich selbst decken wollen oder nicht. Auch Mitglieder, die nicht in dem betreffenden Kommunalverbande wohnen, müssen beliefert werden. — Bezüglich der Großeinlaufsgesellschaften ist angeordnet, daß die Bezirkszentralen die Vertreter als Gesellschafter hinzuziehen müssen und daß das Verbandsmitgliedernach dem Dortmunder Muster eingeführt wird. Das bedeutet, daß die Konsumvereine ihre Bezugsscheine der Großeinlaufsgesellschaft bzw. deren Vertretung einreichen, die sie wieder der betreffenden Bezirkszentrale zuführen. Diese beliefert nach Aufgabe der Bezugsscheine die Großeinlaufsgesellschaft, die die Waren dann den Vereinen zuteilt. Durchgeführt werden soll dieses Verfahren bei Zucker und Kaffee-Ersatzmitteln bereits bewährte Verfahren zunächst bei Nahrungsmitteln (Getreide, Graupen, Hafernahrungsmitteln, Teigwaren u. dergl.), Brotbackmittel (insbesondere Marmelade), Obst, Honig, Sauerkohl. Bei Mehl, Butter und Margarine gilt, weil die Einföhrung nur innerhalb des Kommunalverbandes möglich ist, daß die Großeinlaufsgesellschaft keinesfalls schlechter gestellt werden darf als der übrige Großhandel. — Damit ist in der Hauptsache die Zurücksetzung der Konsumvereine beseitigt und der normale und gerechte Zustand wieder herbeigeführt. Sache der Verbraucher ist es nunmehr, ihre Rechte gebührend auszunutzen.

Unter der Flagge der französischen Besatzungsarmee. Vielerorts gibt es in Deutschland noch Arbeiterkreise, vor allem unter den Spartakisten und Kommunisten, die in völliger Unkenntnis über Sachlage behaupten: „Es ist gänzlich gleich, ob Franzosen oder Engländer zu uns (in das rechtsrheinische Deutschland) kommen oder nicht, bei denen haben wir es auch nicht schlecht.“ Diesem unvernünftigen Gerede gegenüber möge folgender Fall als Schulbeispiel dienen:

Das Demobilisationsamt hat die achtstündige Arbeitszeit angeordnet. Ab 1. Januar 1919 ist sie bekanntlich in ganz Deutschland die regelmäßige tägliche Arbeitszeit. Am 4. Januar 1919 ist nun in der Frage des Achtstundentags der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee für die Rheinpfalz folgende Entscheidung verfügt: „Die Anordnung vom 23. November 1918, veröffentlicht unter Nr. 6548 A.-G.-Bl. Nr. 162, ist, da sie der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages zeitlich nachfolgt, in den von den französischen Truppen besetzten Gebieten nicht vollziehbar. In allen Fällen, wo die angeordneten Maßnahmen mit früheren bestehenden Vorschriften nicht in Widerspruch stehen, besteht kein Bedenken, daß sie im Weg friedlicher Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern — jedoch unter Ausschluß jeder behördlichen Einwirkung — angenommen werden. Die Verminderung der Arbeitszeit kann dazu verhelfen, den Demobilisierten Beschäftigung zu verschaffen. Wir haben hiergegen keine Erinnerung. Wenn jedoch die Regelung der Arbeitszeit durch eine zwingende Vorschrift allgemein und bindend nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für die öffentlichen Betriebe erfolgt, so könnte das zu den schwersten Unzuträglichkeiten führen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, jene Anordnung zu billigen oder ihr gesetzliche Gültigkeit zu verleihen.“

Daraus ist klar ersichtlich, daß die Franzosen die Geschäfte der Arbeitgeber besorgen, und daß sie sich um die Verfügungen der deutschen Regierung und des D.-M.-A. nicht kümmern. Dar-

aus ist aber weiter ersichtlich, daß sie auch den Abmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die am 15. November 1918 veröffentlicht und von Ebert und Haase gegengezeichnet sind, auch keinen Wert beilegen, sondern dieselben mit einer Handbewegung beiseite schieben.

Wenn wir auch überzeugt sind, daß die Arbeitgeber der Rheinpfalz mit ihrer Nichtachtung der für das deutsche Gebiet bestehenden Verordnungen keine Seide spinnen, so haben die Arbeiter zurzeit doch einen ganz erheblichen Nachteil von den Zuständen, die die Besetzung durch fremde Truppen mit sich bringt. Die Arbeitgeber werden wohl eines schönen Tages die ganze Geschichte mit Prozenten für Ueberstunden nachbezahlen müssen. Aber zurzeit leiden eben die Arbeiter darunter, und das mag sich eben jeder, der in der Besetzung durch fremde Heere irgendeinen menschenswerten Zustand erblickt, hinter die Ohren schreiben.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft. Von der freigewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Landarbeiterverband, Berlin S. D. 16, Michaelkirchplatz Nr. 1, wird uns geschrieben:

Aus allen Teilen des Reiches, besonders von den Arbeiter- und Soldatenräten, erfolgen Anfragen, betreffend Arbeitszeit und Lohnsätze für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter. Derartiges Material liegt bis jetzt noch nicht vor. Auch ist es bei den verschiedenartigen Entlohnungsformen, sowohl Bar- wie Naturallohn, wie auch Gewährung von Wohnung und Land, schwer möglich, Richtlinien bezüglich der Lohnhöhe (Minimallöhne) festzusetzen. Bezüglich der Löhne ist es aber den Zeitverhältnissen jedenfalls angemessen, wenn auf die Friedenslöhne, wie wir meinen damit die Barlöhne, ein Aufschlag von mindestens 100 Proz. erfolgt. Es werden tatsächlich stellenweise noch Friedenslöhne gezahlt und auch denen angeboten, die aus dem Felde zurückkehren.

Auf Veranlassung des Deutschen Landarbeiterverbandes haben zwischen den Zentralen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation in der Landwirtschaft Verhandlungen über eine „Vorläufige Landarbeitsordnung“ stattgefunden. Diese vorläufige Landarbeitsordnung ist nach vieler Mühe nun fertig und der Reichsregierung zur Begutachtung unterbreitet. Jedenfalls wird diese Landarbeitsordnung recht bald Gesetzeskraft erlangen und bekanntgemacht werden. Bezüglich der Arbeitszeit machen die landwirtschaftlichen Körperschaften den Vorschlag, den achtstündigen Arbeitstag nur auf die 4 Wintermonate zu beschränken, während sonst den Jahreszeiten und den Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebes entsprechend länger gearbeitet werden kann.

Es wird erwartet, daß inzwischen die Arbeitgeber die Löhne entsprechend erhöhen, denn in der Land- und Forstwirtschaft kann man im allgemeinen nicht von hohen Kriegslöhnen reden. Aus vielen Bezirken wird auch berichtet, daß die ländlichen Arbeiter nun nachträglich die Barablösung für den Anteil der Naturalien verlangen, die ihnen gemäß Kriegsverordnungen nicht in natura gegeben werden durften. Das ist ein sehr beachtliches Verlangen; uns ist bekannt, daß derartige Mißstände vorkamen, was auch während des Krieges ungesetzlich war und eine gewisse Ausbeutung bedeutete.

Wollen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit Aussicht auf dauernden Erfolg ihre soziale Lage besser gestalten, dann müssen sie sich dem Deutschen Landarbeiterverband anschließen. In dieser Beziehung gibt es noch viel zu tun und erwarten wir, daß alle in Betracht kommenden Stellen auf diese Notwendigkeit in erster Linie hinweisen.

Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege. Die Zentralstelle der deutschen Arbeitersportverbände hat mit dem 1. Januar d. J. ihre ordentliche Geschäftsstelle wieder eröffnet. Alle Zuschriften der Arbeitersportkartelle sind an den Sekretär der Zentralstelle: Hermann Reichardt, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 4, zu richten.

Von allen Arbeitersportlern erwartet die Zentralstelle die regste Propaganda für die Arbeitersportbewegung, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alten Sportkartelle und die Schaffung von neuen Kartellen an allen Orten, an denen mehrere Arbeitersportvereine bestehen, um ein gemeinschaftliches Arbeiten der Vereine zu erzielen. Bei Neugründungen von Sportkartellen stellt die Zentralstelle Materialien zur Verfügung.

Die Leitungen der Sportkartelle sind verpflichtet, dem Sekretär ihre Adressen mitzuteilen.

## Literarisches.

„Die soziale Bilanz des Krieges“ von Parvus, Preis 50 Pf. 1918. Berlin S. W. 68. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen verbreitet und in mehrere Sprachen über-

jetzt, jodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser mit dem Oberkommandierenden in den Marken, als dem Vertreter des fluchbeladenen Militarismus, ab, und deckt das System der Lüge und Bedrückung auf. Im übrigen ist die Schrift unverändert: sie ist ein historisches Dokument. Sie hat den Mut und die Einsicht gehabt, gegen den damals noch siegreichen Imperialismus, den katastrophalen und ruiniösen Charakter des Krieges für alle Beteiligten nachzuweisen und für den Verständigungsfrieden einzutreten. Der Anklage gestellt sich der bündige, auf die umfassendste Kenntnis der Tatsachen gestützte Beweis. Parvus handhabt hier in populärster Form dieselbe ökonomische Methode, als deren Meister er sich in seinen großen Werken erwiesen hat. Aus den Dingen heraus entwickelt er den Sozialismus als die einzige Rettung.

In einem freien Deutschland kann die Broschüre erst ihre volle aufklärende, jeden Imperialismus und Militarismus vernichtende kritische Bedeutung entfalten. Darüber hinaus aber hat sie jetzt erst ihre gütige Tagesbedeutung. Sie lehrt die Aufgaben der aktuellen Politik mit dem Nützlichkeitszeug der Defonomie und dem Weitblick des Sozialisten zu betrachten. 3. B. die Fragen der Schuld am Kriege, der Kriegskontribution, des Wiederaufbaues werden hier in diesem Sinne behandelt. Für die Probleme, die dem Krieg zu Grunde lagen und größtenteils weiterbestehen, wird die Lösung in internationaler Zusammenarbeit aufgezeigt. Für die Friedensverhandlungen und über diese hinaus werden hier die Wege gewiesen, die Europa und die ganze Menschheit einschlagen muß, um die Bilanz des Urteils und des Wahnsinns abzuschließen und ein neues Reich friedlicher Arbeit zu eröffnen.

## Zur Beachtung für Zuschriften an „Die Ameise“.

Einsendungen an „Die Ameise“, die noch in der Nummer, die am nächsten Freitag erscheint, Aufnahme finden sollen, müssen spätestens Sonntags früh in den Händen der Redaktion sein. Nur ganz kurze Notizen, wie Versammlungsanzeigen, können noch berücksichtigt werden, wenn diese Montags früh mit der ersten Post in der Redaktion einlaufen. Es ist auch Rücksicht zu nehmen auf die mangelhafte Eisenbahn- und Postverbindung, bei der mit einer zweitägigen Beförderungsdauer auch bei nicht allzuweiten Entfernungen zu rechnen ist.

Die Redaktion der „Ameise“.

## Adressen-Änderungen.

**Arzberg (Oberfranken).** Vorsitzender: Johann Schmidt, Dreher, Spitalstraße; Schriftführer: Hans Meier, Dreher, Lehmannstraße; Kassierer: Karl Fürbringer, Dreher, Rathausstr. 7b; Revisoren: Georg Köder, Dreher, Wilhelmstr. 106, Anton Köllner, Dreher, Anger 189, Ebrin, Sommerer, Rathausstraße, Lorenz Fürbringer, Dreher, Hammerweg.

**Charlottenburg.** Schriftführer: Hermann Jolitz, Modelleur, Berlin NW. 87, Elberfelderstr. 22. Revisor: Otto Ernst, Dreher, Weimarerstraße 5.

**Gräfenhain b. Thrford (Thüringen).** Vorsitzender: Eugen Hofmann, Formengießer, Steigerstr. 21. Schriftführer: M. Hofmann, Formengießer, Steigerstr. 80. Kassierer: Karl Ansbach, Weiststr. 23. Revisoren: Hugo Möller, Gießer, Steigerstr. 47 und Hugo Seebach, Maler, Steigerstr. 54.

**Koblenz.** Vorsitzender: Otto Müller, Formengießer, Nr. 27. Schriftführer: Max Werner, Former, Nr. 136. Kassierer: Otto Ludwig, Nr. 15. Revisoren: Max Stengel, Formengießer, Nr. 82 und Louis Martin, Former, Nr. 190.

**Neuhaldensleben.** Vorsitzender: Otto Müller, Kronprinzenstr. 8. Schriftführer: Georg Schulze, Abendslebenerstr. 9. Kassierer: Emil Golditz, Pflütringerstr. 5. Revisoren: Max Wensch, Hohenzollernstr. 9 und August Gismann, Calbörderstr. 19 c.

**Nobolstadt.** Vorsitzender: Alfred Tischendorf, Former, Kleine Badergasse 5. Schriftführer: Albin Gismann, Maler, Ludwigstr. 12. Kassierer: Franz Medel, Maler, Vorwerksgasse 13. Revisoren: Bernhard Schlegel, Maler, Töpfergasse 4 und Albin Gismann, Maler, Ludwigstraße 12.

**Stadtlengsfeld (Hessn.).** Vorsitzender: Johann Gäß, Dreher, Thortstraße. Schriftführer: Willy Duf, Dreher, Thortstraße. Kassierer: Arthur Brand, Dreher, Wasserpforte. Revisoren: Wilhelm Reichler, Dreher, Oberthor und Josef Kiedl, Maler, Oberthor.

**Spandau.** Vorsitzender: Wilhelm Hymus, Grimmstr. 10, I; Schriftführer: L. Hünzel, Kuhmertstr. 9, III; Kassierer: Max Franke, Charlottenburg, Polstr. 64, Hinterh. II.

**Waldhufen a. Selz, Kreis Sigmaringen.** Vorsitzender: Otto Schäfer. Schriftführer: S. J. Leub. Revisoren: Hermann Redemann, Bräuden. Kassierer: Heinrich Böttcher, sämtlich Gießer.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zustrecker Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

**Arbeitsmarkt.** Die Jahresterversammlung findet jeden Sonnabend nach dem 1. September statt.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 8. Februar, abends 8 Uhr, im Peterischen Gasthof.

**Charlottenburg.** Sonnabend, 8. Februar, abends 7½ Uhr, bei Hinrichs, Peterstr. 11.

**Manheim.** Sonnabend, 8. Februar, abends 7 Uhr, bei Witwe Ringinger, S. 7, 24.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 8. Februar, abends 8 Uhr, bei Emil Golditz, Pflütringerstr. 7/9.

**Liefenfurt.** Sonnabend, 8. Februar, abends 8 Uhr, in der Brauerei (lange Stube).

**Spandau.** Mittwoch, den 12. Februar, nachm. 4 Uhr, Pichelsdorferstr. 5. Alles erscheinen.

**Charlottenburg.** Freitag, 14. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 4, kleiner Saal.

**Eisenberg.** Sonnabend, 15. Februar, bei Max Obst.

## Sterbetafel.

**Eisenberg.** Walter Knappe, Maler, geboren am 12. März 1884 in Eisenberg, gestorben am 23. Januar an Magenkrebs. Mitglied seit 1905.

**Sophienau.** Ernst Barth, Dreher, geboren am 27. März 1878 in Lannhaußen, gestorben am 25. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1906.

**Schönwald.** Marie Heimann, Verputzerin, geboren am 23. Mai 1864 in Borerdorf, gestorben am 24. Januar an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1910.

Ehret ihrem Andenken!

## Charlottenburg.

Mitglieder der Zahlstelle, welche noch im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden ersucht, dieselben zur nächsten Zahlstellenversammlung mitzubringen, um den Bibliothekbestand zu regeln.

## Gau Schlesien und Sachsen.

An die Zahlstellenverwaltungen wird hiermit nochmals die Aufforderung gerichtet, sofort einen genauen Bericht an die Gauleitung einzusenden, ob die in Berlin mit den Unternehmerorganisationen getroffenen Vereinbarungen überall vollkommen durchgeführt worden sind oder in welchen Abteilungen Abweichungen vorliegen.

Außerdem ist der Gauleitung die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und die Zahl der Verbandsmitglieder genau mitzuteilen, desgleichen ob noch Mitglieder anderer Organisationen im Betriebe beschäftigt sind.

Martin Dirich, Gauleiter, Bad Salzbrunn, Untere Bahnhofstr. 4. Telefon: Amt Waldenburg i. Schlef., Nr. 649.

## Arbeitsmarkt.

### 2 tüchtige Formengießer

und

### 1 bis 2 Dreher

gesucht. Rheinsberger Steingutfabrik, C. & C. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Modelleinrichter, Abgießer und Formengießer für Geschirrebranche, jetzt vom Militär entlassen, 21 Jahre alt, sucht möglichst sofort Stellung. Oskar Holzheuer, Eisenberg, S.-M., Klosterlausitzerstraße 3.

## Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtkm.

### Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere, Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft zu höchsten Preisen die Scheideanstalt von

### Max Haupt, Dresden-A., Böhmisches-Platz 17.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw. kauft zu höchsten Preisen. Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32. Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. Vert. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.